

Werner Post: Nachruf auf den Sozialismus?

Prof. Dr. Werner Post, geb. 1940 in Balve/Sauerland, Studium der Philosophie, Katholischen Theologie und Sozialwissenschaften, lehrt Philosophie an der Universität Dortmund; Schwerpunkte: Philosophie des 19. Jahrhunderts, Sozialphilosophie, Religionskritik und Ästhetik.

I.

Die Deutschen, schrieb Brecht in den „Flüchtlingsgesprächen“, hätten eine schwache Begabung für den Materialismus; ihre Philosophen, Pfaffen oder Pfaffengegner, hingen entweder dem Idealismus oder Materialismus an; Materialisten, eigentlich Vertreter des Diesseits und der Sinnlichkeit, seien meist hagere lange Gestalten, die alle philosophischen Systeme kennen; Idealisten hingegen, Anhänger der Ideen und des Höheren, meist kleine korpulente Herren, die alle Weinsorten kennen.

Nun sieht es so aus, als ob in dieser eigentümlichen Mischung aus Volksfest, Revolution und einer Prise Kirchentag, mit der am 9. November des vergangenen Jahres eine sklerotisierte Funktionärskaste durch volkseigene Umtriebe zum Teufel geschickt wurde, die „Pfaffen“ noch andere und nicht minder ironische Ausblicke freigelegt hätten. Es war einmal, vor langer Zeit, als die Geschichte noch eine Zukunft haben sollte, daß man den bürgerlich versteinerten Verhältnissen mit Marx- und Engelszungen solange ihre eigene Melodie vorspielen wollte, bis sie darob zu tanzen anfangen. Nun haben wahre Trompetenstöße in den vergangenen Monaten Mauern und Eisernen Vorhang zum Einsturz gebracht, und die Verhältnisse, die dadurch ins Tanzen kamen, hießen sinnigerweise „Sozialismus“. Das „Pfäffische“ an diesem Vorgang erweist sich weniger an der beachtlichen Präsenz wackerer Pfarrer als vielmehr in der Schubkraft solch bürgerlicher Ideale wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, desgleichen Streben nach mehr Wohlstand und höherer Lebensqualität. Inzwischen längst in die Gefinde ganz ordinärer Macht- und Geldfragen abgedriftet, blieb dabei das Thema „Sozialismus“ auf der Strecke und, so scheint es, dort begraben wie ein toter Hund.

Zwar darf sein Schwanz noch ein bißchen mit dem Hund wedeln, wenn er „demokratischer“ Sozialismus heißt oder wenn man eine wahre „Idee“ des doch eigentlich so gut gemeinten Sozialismus gegen seine mißratene historische Verwirklichung im nicht

umsonst so genannten „real-existierenden“ Sozialismus zu retten versucht. Doch schon Marx spottete über solche „Ideen“, die sich angesichts realer Interessen stets zu blamieren pflegten. Also: war es das? Nur wenige Staaten legen noch Wert auf das Attribut „sozialistisch“, und auch bei ihnen hat man den Eindruck, daß sie dabei mit dem Rücken zur Wand stehen: eine Frage der Zeit allenfalls.

II.

Dem bürokratisch-realen, oft noch stalinistisch imprägnierten Staatssozialismus braucht man wahrlich keine Träne nachzuweinen; im Gegenteil, sein Verschwinden befreit ja auch jene, die einen anderen Sozialismus meinten, vom Ballast umständlicher Rechtfertigungen. Aber welchen anderen?

Unstreitig erfolgreich hat sich vielleicht nur das sozialstaatliche Modell, das sich in irgendeiner sozialdemokratischen Form in einer Reihe westlich-marktwirtschaftlicher Gesellschaften manifestiert, durchsetzen können. Aber dies galt den orthodoxeren Nachlaßverwaltern der Marxschen Lehre immer als Pakt mit dem Teufel, denn soziale Marktwirtschaft bedeute nichts weiter als einen Kompromiß, der den harten Kapitalismus in seinen Widersprüchen bloß abfedere, nicht aber ernstlich beseitige. Doch auch wenn das nicht von der Hand zu weisen wäre: Gibt es irgendwo ein sozialistisches Modell, das - gleich harten Kriterien unterstellt wie der attackierte Kapitalismus - bessere oder auch nur vergleichbar geglückte Lösungen vorzuweisen hätte? Es gibt weit und breit keines. Auch Hinweise auf eine noch ausstehende künftige Verwirklichung haben nach gut 150 Jahren ihren Kredit verloren, desgleichen die Spekulation auf wiederum neue Krisen des schon einigemale zu oft totgesagten Kapitalismus. Und selbst die leisere, bekümmerte Frage, ob denn dies politisch-ökonomische Scheitern auch unbedingt das moralische „Aus“ bedeute, betrifft wohl nur die subjektiven Motive, die viele Anhänger des Sozialismus bestimmt haben. Und doch haben sie ja recht, wenn sie Breschnew oder Ceauşescu nur mühsam mit dem Kommunistischen Manifest vereinbaren können. Aber damit entsteht auch sofort die ganze Frage neu: Wie kann eine sozialistische Kritik des Sozialismus aussehen? Hat sich da irgendwann nur eine fatale Verkehrung von Marx und Sozialismus ergeben? Und wenn: Wie konnte das geschehen? Bloßer unglücklicher Zufall oder bösartige Manipulation von innen oder außen? Oder liegt vielleicht doch ein gravierender Konstruktionsfehler im Konzept des Sozialismus selbst, durch das solche Resultate zumindest nicht auszuschließen waren?

III.

Was heißt nun eigentlich noch Sozialismus? Es haben sich auf ihn so unterschiedliche Bewegungen berufen wie die sozialistischen Parteien Westeuropas, israelische Kibbuzim, die Roten Khmer in Kambodscha, lateinamerikanische Befreiungsbewegungen, die Volksrepublik China - von den Gewerkschaften verschiedenster Art ganz abgesehen. Neben diesen politisch-organisatorischen Formen gibt es, keineswegs immer kohärent, eine theoretische Tradition, deren wichtigste Stränge ihren Knotenpunkt in der Marxschen Theorie finden. Ob aber Marx, selbst unter Berücksichtigung der notwendigen praktischen Hermeneutik, für all diese Sozialismen herangezogen werden kann, steht einstweilen noch sehr dahin. Bereits die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts verehrte Marx und Engels wie zwei Kirchenväter, sündigte aber fortwährend wider sie durch ihren politischen Pragmatismus. Nicht umsonst spielt das Thema „Theorie und Praxis“ in der marxistischen Lehre eine zentrale Rolle. Und so wie die praktische Bewegung eigene politische Wege eingeschlagen hat, entwickelte sich auch in der Theorie eine eigene Linie, die sich bisweilen mit der jeweiligen Praxis verband, diese nicht selten aber auch dogmatisch bevormundete oder aber gerade durch Separation von politischer Macht ein eigenes Gewicht bekam.

IV.

Die marxistische Theorie stützt sich, wo sie von Sozialismus redet, bereits auf eine Reihe von Vorläufern, so auf den Unken Flügel der Französischen Revolution, auf die Frühsozialisten, aber auch auf ältere Traditionen, etwa die Bauernkriege, die Utopien der frühen Neuzeit oder sogar das Urchristentum. Seine „wissenschaftliche“ Form habe er aber erst durch Marx erhalten, wie bereits Engels konstatierte. Schon mit diesem Attribut beginnen jedoch folgenreiche Probleme, die sich fortsetzen in der Rede von der „historischen Notwendigkeit“ oder von der „Gesetzmäßigkeit“ der Geschichte: Das Erbe hegelianischer Geschichtsphilosophie, der Fortschrittsglaube des 19. Jahrhunderts und das naturwissenschaftliche Gesetzesdenken amalgamieren sich zu einem immer geschlosseneren, weltanschaulichen System, dessen Dogmatismus schließlich im „Diamat“ als platter Legitimationsideologie des Stalinismus endet.

Freilich kann man das nicht umstandslos auf Marx zurückführen. Gewiß war auch er, darin durchaus Sohn seines wissenschaftsgläubigen 19. Jahrhunderts, solchen Perspektiven nicht völlig abhold; gerade sein „Produktions-Paradigma“, die Annahme, daß wissenschaftlich-technische Produktivkraft-Dynamik und politisch-soziale Emanzipation unmittelbar Hand in Hand gehen, belegt das eindrücklich; desgleichen hat Marx zweifellos an eine in der historischen Praxis, vor allem in der Arbeit sich realisierende, zielgerichtete Vernunft geglaubt; und insoweit bietet seine Lehre auch Möglichkeiten für einen heilsgeschichtlichen Totalitarismus. Freilich finden sich wenigstens ebenso markante Aussagen, die vor jedweder paradiesischen Aufhebung aller Gegensätze skeptisch auf einen Rest an Realitätsprinzip auch für das „Reich der Freiheit“ dringen; zudem hat er in etlichen Überlegungen zur Methode dargetan, daß er die gesamte Systematik seines „Kapitals“ einer vorangegangenen empirischen Untersuchung verdankt. Mit anderen Worten: Ändern sich die empirischen Bedingungen, so darf das für die Theorie nicht folgenlos bleiben. Und in gewisser Weise gilt für Marx wohl auch das Paradox vieler großer Autoren, daß gerade die Passagen, auf die sie besonders viel Mühe verwendet haben, am schnellsten veraltet sind - so etwa Marxens ökonomische Thesen. Seine soziologische Systemanalyse und die kritische Theorie der bürgerlichen Gesellschaft sind dagegen bis heute unerledigt.

Bereits bei Engels läßt sich eine folgenreiche „Systematisierung“ der Marxschen historischen Dialektik beobachten. Materialismus und Dialektik, von Marx nur im Zusammenhang mit Geschichte erwähnt („Historischer Materialismus“), bezieht Engels nunmehr auch auf die Natur. Damit war mit der Weg zur „Verweltanschaulichung“ der Marxschen Theorie beschritten: Natur und Geschichte unterliegen beide jeweils den Gesetzen einer allgemeinen Dialektik, welche selbst die innere Struktur der Wirklichkeit ausmacht. Diese „wissenschaftliche Weltanschauung“ kam im übrigen auch dem Orientierungsbedürfnis der Arbeiterbewegung entgegen, die so ihre Ziele nicht mehr nur durch partikuläres Klasseninteresse, sondern als allgemeinen Ausdruck einer vernünftigen Weltordnung legitimieren konnte. Während sich jedoch in der Sozialdemokratie die Debatten hauptsächlich um Organisationsfragen und Kontroversen über revolutionäre oder reformistische Strategien zentrierten, erörterte erst Lenin wieder Grundfragen des Materialismus, teils apologetisch gegen den Empiriekritizismus von Mach und Avenarius, teils unter Rückgriff auf seine philosophischen Exzerptheft, worin er unter anderem darauf verweist, daß ohne Kenntnis der Hegelschen Wesenslogik das „Kapital“ kaum angemessen zu verstehen sei. Doch trotz dieser beachtlichen Einsicht zeigt auch Lenin schon Züge jener Scholastik, die sich im weiteren Verlauf schließlich zu einer ledern-zähen Orthodoxie und Parteiideologie aus-wuchs und deren Bezug auf Marx entsprechend formelhaft und selektiv wurde.

V.

Hatte im Osten der sozialistische Verbund von Politik und Theorie für letztere ruinöse Konsequenzen, so verlief die Entwicklung im Westen, vor allem in Deutschland, völlig anders. Der westliche (Neo-)Marxismus verdankt sein Entstehen der politischen Niederlage des revolutionären Sozialismus nach dem ersten Weltkrieg. Lukàcs, Korsch, Bloch, das Frankfurter Institut für Sozialforschung, analog auch Gramsci und Labriola in Italien lösen sich aus den Kontroversen zwischen SPD und KPD und betreiben eine marxistisch inspirierte, aber nicht mehr unmittelbar politökonomische Ideologie- und Kulturkritik. Maßgeblich wurde für sie die Wiederentdeckung der Marxschen Frühschriften mit ihrer anthropologischen Geschichtsphilosophie, die Hegel-Renaissance jener Jahre und die Auseinandersetzung mit dem Stand der zeitgenössischen, „bürgerlichen“ Philosophie und Soziologie. Sie erlaubten eine neue Lektüre der Marxschen Schriften, bei der nun nicht mehr die bis dato dominierende Politökonomie im Vordergrund stand, sondern eine eher kulturrevolutionäre Perspektive. Während diese im Präfaschismus durchaus noch in einem wenn auch unklaren Verbund mit der strikt politischen Linken verbleiben wollte, Hielte sie sich dennoch nicht mit deren Organisationen, ja stand sogar in Opposition oder offenem Widerstand dazu.

Die Absicht, eine Veränderung der sozialen Strukturen herbeizuführen, blieb zwar erhalten, entscheidend war aber die Einsicht, daß „Kapitalismus“ kein bloß ökonomisches Phänomen mehr darstellte, sondern tief in die Mentalität der Individuen und in die kulturellen Formen von Wissenschaft, Moral und Kunst vorgedrungen war. „Entfremdung“ konnte sich so auch außerhalb des Produktionssektors und der Klassenunterschiede ausbreiten, ja überhaupt erst dort in neuer, originärer Weise als Formierung des Bewußtseins, als Prozeß formaler (Zweck-Mittel-)Rationalisierung oder als Siegeszug der instrumentellen Vernunft aufgewiesen werden. Unterbrochen durch die Epoche des Faschismus in Europa, setzte sich dieser westliche Marxismus auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort, in Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, aber auch mit existenzphilosophischen, positivistischen, neo-metaphysischen und verschiedenen soziologischen und psychoanalytischen Ansätzen. Die Studentenrevolte von 1968 bildete zugleich einen Höhepunkt und vorläufigen Abschluß dieser Tradition.

Der Vorzug einer solchen, marxistisch inspirierten Kultur- und Ideologiekritik besteht vor allem darin, daß sie Krisen und Probleme nicht nur theoretisch immanent, sondern aus dem Zusammenhang mit äußeren, praktischen Verhältnissen zu erklären vermag. Jene Probleme erscheinen dann nicht zuletzt auch als Ausdruck gesellschaftlich unerledigter „Widersprüche“, deren Lösung dann nicht mehr in primär theoretischer, sondern in praktischer Bearbeitung, „Veränderung“, besteht. Spätestens hier aber rächte sich die vernachlässigte Politökonomie. Denn die neomarxistische Kritik zehrte zwar von der stillschweigend Vorausgesetzten Marxschen Lehre, besonders im bewußtseinskritisch gedeuteten „Warenfetischismus“, war aber ebenso überzeugt, daß diese Kategorien aktuell nicht mehr zureichten, ohne jedoch noch ein adäquates neues Konzept zustandezubringen.

VI.

Umso größer konnte deshalb die von der russischen Revolution ausgehende Faszination sein. Während die internen Spaltungen und heftigen ideologischen Grabenkämpfe den westlichen, besonders den deutschen Sozialisten und Kommunisten, weder zu einer überzeugenden Internationalität noch zu einer solidarischen Einigung von Arbeitslosen und Noch-Beschäftigten verhalfen, schien Lenin, ungleich radikaler im Anspruch, endlich den authentisch-marxistischen Impetus zu realisieren. Es war der größte, jedenfalls folgenreichste historische Erfolg der ganzen sozialistischen Bewegung. Aber was für eine Revolution fand 1917 eigentlich statt? Rußland, nach Jahrhun-

derten zaristischer Herrschaft weitgehend noch im Stadium einer agrarstaatlichen Despotie, begann gerade erst mit der Industrialisierung. Trotz Armut und politischer Umsturzversuche konnte von einer strikt kapitalistischen Krisensituation, von der Marx als Voraussetzung für Revolution gesprochen hatte, keine Rede sein, auch nicht wirklich von Klassenkampf. Lenin organisierte mit den Bolschewiki Elitkadern, die Klassenbewußtsein erst indoktrinieren mußten, dazu noch in einem Land, das, mit Ausnahme einer schmalen Intelligentsija-Schicht, den Geist der Aufklärung und Moderne kaum geatmet hatte. Trotz aller mobilisierten „Massen“ blieb es also bei einer „Revolution von oben“, mit allen dazugehörigen Debatten und Traktaten um Strategie, Taktik und Organisation. Auch einige der didaktischen Losungen Lenins - wie die Parole Kommunismus sei „Sowjets plus Elektrifizierung“ - lassen nicht unbedingt Gutes ahnen.

Lenins Entmythologisierung dürfte erst noch bevorstehen. Gewiß, ein belesener, intelligenter und durchaus auch selbstkritischer Kopf, hat man ihm wohl lange dank seines machiavellistischen Charismas als „revolutionär“ abgenommen, was de facto diktatorische, oft brutale Machtpolitik gewesen ist. In den fünf Jahren seines Regimes hat er Tausende ohne Urteil erschießen lassen, Arbeitslager errichtet und durch den bald gefürchteten Geheimdienst, die Tscheka - dessen berüchtigter Leiter Dserschinski heute von sowjetischen Historikern ohne Umschweife als Massenmörder bezeichnet wird - willkürliche Verhaftungen vorgenommen. Zwar hat Lenin nie verschwiegen, daß seine Revolution mit Gewalt einhergehen werde, aber mit seinem Nachfolger Stalin, vor dem er selbst noch gewarnt hatte, verbindet ihn wahrscheinlich doch mehr, als die sozialistische Hagiographie bisher wahrhaben will. Über Staun, den Archipel Gulag, die „Säuberungen“ und den bürokratischen Terror braucht man nicht mehr viel Worte zu verlieren, aber vielleicht doch, daß dies ein zentrales Moment jenes Exportsozialismus bildete, mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg das östliche Europa überzogen wurde. Wenn heute sowjetische Theoretiker wenig ideologischen Eifer zeigen und eher auf die gigantische Hinterlassenschaft an konkreten Problemen hinweisen, so mag dabei offen bleiben, ob dies nun Reform, Transformation oder das Ende des historischen Experiments (Sowjet-), „Sozialismus“ heißen kann - vielleicht bleibt es auch nur noch eine Frage der bevorzugten Nomenklatur.

VII.

Wie aber läßt sich unter diesen Vorzeichen die lange Zeit außerordentliche Anziehungskraft des Sozialismus auf Politiker, Intellektuelle und Künstler erklären? Diese Vorliebe, von den Apparaten selten erwidert, überdauerte auch die Stalinzeit. Gewiß haben aufgrund der schlechten Informationslage viele nichts vom realen Schrecken Stalins wissen können, nicht wenige wollten es wohl auch gar nicht oder konstruierten bisweilen fragwürdige Rechtfertigungen; es findet sich da auch manch trübes Beispiel ungueter Parteilichkeit oder schlankweg von Opportunismus. Und doch war das nicht einfach schon alles.

Mit und nach dem Ersten Weltkrieg schien das bürgerliche Europa seinen Bankrott erklärt zu haben. Das rechte Lager versteifte sich auf Revanche oder Restauration, die bürgerlichen Schichten beklagten den Untergang des Abendlandes und den Verlust der Werte, auch der finanziellen; zugleich aber wurde eine marxistische Sicht immer plausibler: das politisch-militärische Desaster der Nationalstaaten, massive kulturelle Verunsicherung und die verheerende ökonomische Katastrophe entsprachen treffend dem Marxschen Krisen-Szenario. Eine radikale Veränderung schien nicht nur nötig, sondern auch möglich. Bekanntlich kam auch bald eine radikale Veränderung, und für viele, die im Sieg des Nationalsozialismus schon früh jene Katastrophe erkannten, zu der er schließlich wurde, bestätigte sich ihre sozialistische Option. Stalins Sowjetunion

konnte sich so als „Hort des Antifaschismus“ und Asyl für jene darbieten, die weder ein bürgerliches noch faschistisches Europa als Perspektive akzeptieren wollten.

Wir können heute leicht die Nase darüber rümpfen, daß man so wohl den Teufel durch Beelzebub hat austreiben wollen. Aber zu viele linke und Sozialisten aller Couleur haben Leib und Leben im Widerstand gegen den Nationalsozialismus riskiert und verloren, als daß man achselzuckend darüber wie über eine historische Fehleinschätzung hinweggehen könnte. Daß diese Tradition durch den Stalinismus und die klein-karierte Schäßigkeit des Realsozialismus widerlegt und erneut ins Abseits der historischen Verlierer geraten soll, bleibt eine schwer erträgliche Vorstellung. Nicht minder schwer begreiflich ist aber auch die Metamorphose ehemals Unker Antifaschisten zu Repräsentanten eines repressiven Sozialismus, der dem früher Bekämpften so unähnlich schließlich gar nicht mehr war. Und doch liegt hier ein blinder Fleck. Es ist gewiß kein Zufall, daß es ausgerechnet Bürgerrechtsbewegungen waren, die dem Realsozialismus den Garaus bereitet haben. Schon die Entwicklungs-Trias Kapitalismus-Imperialismus-Faschismus hat mit Fleiß übersehen, daß urkapitalistische Staaten wie England oder die USA diesem Schema nicht wirklich entsprachen, wobei in puncto Imperialismus auch die antikapitalistische Sowjetunion sich nicht zu verstecken braucht. Aber in der Stereotypie dieser Klassifikation geht die Tatsache unter, daß Kapitalismus und Bürgertum zwar historisch zusammengehören, aber keineswegs restlos identisch sind. Der Kapitalismus hat gleichsam sein liberales Erbe trotz allem nicht ganz loswerden können; es bestimmen ihn nicht nur Profitgier und technisch-industrielle Effizienz, sondern es begleitet ihn auch ein Teil des aufgeklärten bürgerlichen Erbes: Meinungs- und Bewegungsfreiheit, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, mehrdimensionale Rationalität. Zugleich erschöpft sich die bürgerliche Kultur ja keineswegs in erbaulicher Affirmation bestehender Verhältnisse. Daß „bürgerlich“ und „kapitalistisch“ nicht nur eine Einheit, sondern auch einen Gegensatz bilden, hatte schon Marx unterschätzt; freilich sollte seine neue Gesellschaft aber die bürgerlichen Qualitäten in sich aufheben, „verwirklichen“ und nicht bloß negieren.

Diese haben die realsozialistischen und kommunistischen Parteien durchweg hartnäckig ausgeblendet. Sie definierten sich per Dekret als nach- und antibürgerlich, ohne eine wirkliche „Aufhebung“ jener Tradition. Stattdessen fielen sie über staatliche Bürokratie und Parteimonopol in latent feudalistische Strukturen zurück, mit allen bekannten Folgen für den ökonomischen Sektor, ebenso aber für die Struktur der Öffentlichkeit, in der korporative Momente sich unter dem Patronat parteilicher Protektion weit ausbreiteten. Das mag ein wenig von jener gelegentlich beschriebenen „Nestwärme“ erklären, die auch der DDR attestiert wird. Wenn sie denn existiert haben sollte, dann um den Preis entmündigter Individuen.

VIII.

Vor allem hat es ökonomisch nicht geklappt: Die unverdrossen wiederkehrenden Ankündigungen, mit dem nächsten Fünf-jahresplan nun definitiv den Westen zu über-runden, müssen selbst ihren Propagandisten als gelungene Realsatire erschienen sein. Nur: Woran hat es gelegen? Lange Zeit mußten unverschuldete Defizite wie Standort-nachteile, Kriegsschäden, minderer Entwicklungsgrad oder „imperialistische“ Repres-sionen zur Erklärung herhalten. Wenn dies nun nicht mehr genügt, hat dann das Kon-zept der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zugunsten kapitalistisch-profit-orientierter Produktionsform seine Niederlage erlitten? Wahrscheinlich wohl, jeden-falls für eine längere Zeit. Freilich muß man zugleich einschränken: Eine wirkliche Vergesellschaftung hat es überhaupt nicht gegeben, sondern stattdessen eine zentrali-stische Verstaatlichung des Eigentums in Form einer monolithischen Kommandowirt-schaft, die ihrerseits noch einmal Folge jener „Revolution von oben“ war, indem sie

handstreichartig die Trennung von Staat und Gesellschaft beseitigte. Demotivierung der Akteure, bürokratische Lähmung der ökonomischen Kommunikation, unsinnige Planvorgaben und schikanöse politische Gängelung im Alltag bei gleichwohl mangelhaftem Warenangebot haben mit dem sozialistischen Projekt einer Produzentendemokratie nicht mehr viel zu tun. Ob dieses nun definitiv von der historischen Tagesordnung gestrichen werden muß, ist mit dem Fall des Realsozialismus so wenig verifiziert wie die gegenläufige Vorstellung, daß Kapitalismus sich stets mit florierender Wirtschaft und Wohlstand für alle verbinden müsse. Ob dieser nun schon „gesiegt“ hat, ob er sich womöglich noch zu Tode siegt, bleibt eine offene Frage. Nur wird das kaum noch im bisherigen „Wettkampf der Systeme“ entschieden, und wahrscheinlich auch nicht mehr auf dem Feld der Ökonomie.

So bleibt als ein Fazit, daß sich am ehesten noch jener sozialstaatliche Kompromiß sozialdemokratischer Provenienz als praktikabel erweisen konnte. In ihm hat sich, reformerisch gemäßigt gegenüber den revolutionären Energien des Anfangs, die Geschichte der Arbeiterbewegung institutionell sedimentiert. Freilich bleibt dies auch ein Erfolg für die Gegenseite, insofern es ihr damit gelang, den offenen Klassenkampf von Kapital und Arbeit latent zu halten; denn auch wenn dieser Antagonismus nicht mehr ausreicht, um das Konfliktpotential moderner Sozialsysteme differenziert genug darzustellen: einfach verschwunden ist er darum noch nicht. Hinzu kommt, daß einige Voraussetzungen wie der keynesianische Staatsinterventionismus oder die Homogenität von Tarif Struktur und Arbeitszeit im Zusammenhang mit neuen Produktionstechniken und der expansiven Internationalisierung der Industrie zu erodieren beginnen, mit noch nicht abzuschätzenden Konsequenzen für den sozialstaatlichen Kompromiß.

IX.

Gewissermaßen als Probe aufs Exempel sollen von jenen vorhin erwähnten neuen Konfliktlagen heutiger Gesellschaften drei daraufhin untersucht werden, ob es für sie genuin sozialistische Lösungsvorschläge gibt, die über das aktuelle Niveau hinausgehen. Es handelt sich dabei um die Themen Dritte Welt, Ökologie und den Konflikt von System und Subjekt. Sie alle sind im marxistisch-sozialistischen Kontext entweder überhaupt zum ersten Mal beschrieben worden oder spielen darin eine wichtige Rolle.

So läßt sich das Problem der Dritten Welt durchaus als globale Externalisierung des früher internen Klassengegensatzes beschreiben: Die hierauf zielende Imperialismustheorie hat in den betroffenen Regionen maßgeblich zur Entwicklung eines je spezifischen „Sozialismus“ beigetragen, auch wenn dieser sich bisweilen darin erschöpfte, die Waffen zur Sicherung des eigenen Regimes vorzugsweise aus den (ehemaligen) Ostblockstaaten zu beziehen. Aber auch dort, wo sich die Opposition tatsächlich auf den Zusammenhang von Verelendung und Reichtum der Industrienationen bezogen hat, läßt sich schwerlich behaupten, die Völker der Dritten Welt bildeten so etwas wie ein neues revolutionäres Subjekt. Die politisch, ökonomisch und kulturell höchst unterschiedlichen Bedingungen in Afrika, Südostasien oder etwa Lateinamerika verbieten vorschnelle Verallgemeinerungen. Hingegen ist der Sozialismus in einer anderen Funktion erfolgreicher gewesen: Die marxistische Terminologie bietet die Möglichkeit, eine deskriptive Darstellung gesellschaftlicher Zustände zugleich als kritische zu formulieren; sie kann das insbesondere dann, wenn die Formen sozialer Gewalt indirekt und anonym geworden sind. So bietet eine solche „Versprachlichung“ oft erst die Möglichkeit, bisher undurchschaut erlittene Herrschaft als Gewalt zu benennen und darüber auch ein je spezifisches Kampf- und Emanzipationsvokabular zu entwickeln. Freilich betrifft das primär die sozialistische Opposition. Wo immer diese in Entwicklungsländern selbst die Macht übernommen hat, scheint sie meist eher noch die Malaise des Realsozialismus mit jener der Dritten Welt zu multiplizieren. Selbst

dort, wo lokale Formen der Gemeinwirtschaft lirsosialistische Fermente enthalten, verschwimmt das, was nun genau noch Sozialismus heißen kann, meist im diffusen Licht harmloser Allgemeinplätze.

Auch für das zweite Problem, die Krise der Ökologie, läßt sich zunächst nicht verschweigen, daß gerade kommunistische Staaten, von der DDR über die Sowjetunion bis hin zu China Urheber verheerender Umweltschäden waren oder sind, und daß dieses Thema dort noch viel länger als in den westlichen Ländern unter den Teppich gekehrt worden ist. Dabei hätte man es besser wissen können. Zum marxistischen Materialismus gehörte ja nicht nur das Ideal der klassenlosen Gesellschaft, sondern auch das der Versöhnung mit der Natur. Kommunismus sei Humanisierung der Natur und Naturalisierung des Menschen, schreibt der junge Marx und nennt in aller wünschenswerten Deutlichkeit den mechanischen Materialismus „menschenfeindlich“. Auch Marxens zentraler Begriff, die Arbeit, heißt „Stoffwechsel“, Auseinandersetzung mit der Natur, nicht bloße Zerstörung. Freilich kollidiert dieses Versöhnungsideal auch bei Marx schon mit der fortschrittsgläubigen Hoffnung auf die Dynamik der Produktivkräfte, ohne daß er diesen Konflikt bereits gesehen oder gar gelöst hätte. Die bisher avanciertesten Lösungen, so unzureichend sie auch sein mögen, hat für diese Fragen bisher ein lernfähiger Kapitalismus vorgelegt und darüber nicht einmal versäumt, auch damit noch gute Geschäfte zu machen. Fraglich bleibt allerdings, ob so schon das entscheidende Systemproblem aus der Welt geschafft ist: wie der innere Zwang zu Gewinn und Expansion als der eigentlichen Kapital-Logik mit dem Einschränkungsdruk aus ökologischen Zwängen vereinbart werden kann. Aber so sehr sich damit auch die alte Kapitalismus-Kritik auf neuem Niveau bestätigen mag, eine aussichtsreiche sozialistische Alternative zeigt sich nirgendwo. Eher schon, daß die alten Konfliktbegriffe für diese neue Krise nicht mehr zureichen.

Selbstredend heißt das nicht, daß Sozialisten zu diesen Belangen nichts beigetragen hätten oder künftig beitragen könnten. Aber dazu bedarf es einiger Revisionen. In der Monopolisierung des „Grundwiderspruchs“ von Kapital und Arbeit tradiert sich eine monokausale, um die Produktionssphäre als gesellschaftlichem Zentrum organisierte Sichtweise, die den Blick auf andere, ebenso dringliche Probleme einer „Risikogesellschaft“ verstellt, eine Erklärungsform, die sich schwer tut, den alten Antagonismus zugunsten eines dezentralen, pluralistischen Nebeneinanders heterogener Gleichberechtigter wirklich zu relativieren. Global gesprochen könnte damit die ökonomisch zentrierte bisherige Geschichte des Sozialismus als *ein* Paradigma gelten, dessen Verhalten nicht mehr besagen muß, als daß die „Verwirklichung“ der emanzipatorischen Gehalte aus Aufklärung und Moderne, den eigentlichen Anfängen marxistisch-sozialistischer Bewegung, heute anderer Paradigmen bedarf.

X.

Dies mag stichwortartig am Konflikt von System und Subjekt etwas konkreter werden. Historisch hatten Aufklärung und die Philosophie des Deutschen Idealismus jenen Begriff von Autonomie entwickelt, der die freie, vernünftige Selbstbestimmung des Individuums zum obersten Gesetz erklärte, so daß jeder Mensch Selbstzweck an sich sei und niemals als Mittel zum Zweck gebraucht werden dürfe. Mit den Begriffen „Entfremdung“ und „Versachlichung“ (des Menschen) konstatierte Marx, daß die Verwirklichung dieses überschwenglich-großartigen Projekts in der bürgerlichen Gesellschaft ausgeblieben war, und das hing wiederum mit deren kapitalistischer Wirtschaftsform zusammen. Reduziert auf den Faktor Arbeitskraft, mußten die Lohnarbeiter diese aus Überlebensgründen wie eine Ware verkaufen, wurden also selbst zur Ware, zu einer Sache. Der Austausch von Produkten als Waren löste die vorindustrielle Kommunikation über Gebrauchsgüter und Bedürfnisse ab. Als selbstregulatives

System verselbständigte er sich über den Köpfen der Menschen, die dann nicht mehr als selbstzweckhafte Subjekte, sondern als Objekte oder Mittel zu einem äußeren Systemzweck gelten. Marx war nun überzeugt, daß diese Perversion, die Verkehrung des Subjekts zum Objekt, durch Klassenkampf und Krisen schließlich in einer Art Produzentendemokratie aufgehoben werde, wo die Produktion gemeinschaftlich kontrolliert und die Verteilung solidarisch geregelt werde; wo also der blinde Systemzwang umgekehrt und die nunmehr frei vergesellschafteten Subjekte in ihre historisch angemessenen Rechte eingesetzt würden. Als eine der zentralen Bedingungen dafür nannte Marx die Verkürzung des Arbeitstags: alles in allem keine paradisiische Veröhnungsutopie, sondern eine eher pragmatische Perspektive.

Wenn heute von der „Krise des Subjekts“ in mannigfachen Kontexten (und jenseits von feuilletonistischer Kulturkritik) geredet wird, so nicht mehr allein in *dieser* Entfremdungsgeschichte. Auf der einen Seite gerät die in der Moderne konstituierte Subjektivität unter poststrukturalistischen Ideologieverdacht, soziologisch auf der anderen Seite erklärt der Systemfunktionalismus das Subjekt für einen alteuropäischen Anachronismus. Und in der Tat hat die Verselbständigung von Systemlogiken sich weit — über das bei Marx schon konstatierte Ausmaß — von subjektiven Lebensformen abgekoppelt. Die von Gut und Böse gleichermaßen ungerührte funktionale Rationalität der Systeme, etwa der Wirtschaft (Geld) und der Politik (Macht) steuern ihre Selbsterhaltung durch Effizienzsteigerung. Daß dies komplexe Nebenfolgen erzeugt, die möglicherweise dysfunktional, das heißt bestandsgefährdend werden können, zeigen die Beispiele Dritte Welt und Ökologie.

Aber auch dort, wo sie sich subjektiver Lebensform zu bemächtigen suchen, stoßen die Systemimperative auf eine selbsterzeugte Paradoxie. Weil sie nämlich dann am besten funktionieren, wenn möglichst viele subjektive Momente eliminiert werden, setzen sie sozusagen auch überschüssige Subjektivität frei. Also: Auch wenn die Chancen persönlicher Intervention, von Partizipation und Berücksichtigung individueller Belange durch jene funktionale Verselbständigung verringert werden, so tritt zugleich damit doch auch ein Entlastungseffekt ein: Man muß sich dann eben auch um einige Bereiche nicht mehr kümmern und kann freigewordene Zeit und Energie auf subjektive Belange verwenden. Das geschieht in so unterschiedlichen Formen wie der Beschäftigung mit der eigenen physischen Integrität (Gesundheit, Authentizität von Gefühlen und Beziehungen, Qualität des Arbeitsplatzes, Selbstverwirklichung und so weiter) oder kultureller Neugier oder auch in zahlreichen lokalen Ad-hoc-Initiativen, die sich gegen politische, rechtliche oder ökonomische Zumutungen zur Wehr setzen.

Bei all dem genügt es natürlich nicht mehr, mit Marx, Liebknecht oder Lenin unter dem Arm einherzukommen. Das liegt zum einen schon daran, daß weniger die kultivierte Subjektivität als vielmehr kämpferische Solidarität die sozialistische Tugendskala anführen. Vor allem aber demonstriert der erwähnte Gegensatz von Subjekt und System eine so verfestigte Asymmetrie der Macht, daß an eine Aufhebung der Antagonismen nach klassisch-marxistischer Vorstellung nicht zu denken ist. Der Anspruch authentischer Subjektivität erscheint angesichts dessen auch entweder als anachronistisch oder neurotisch, jedenfalls als irrational - bis tief in die Selbsteinschätzung der Individuen hinein. Mit der Vertreibung aus den Gefilden rationaler Zurechnungsfähigkeit - die der systemischen Logik vorbehalten bleibt - wird ihnen zudem das Terrain vernunftbezogener Selbstbehauptung streitig gemacht. Die Reaktionsformen darauf lassen sich nur schwer auf einen Nenner bringen. Zu ihr gehört die direkte Aufkündigung des Vernunftanspruchs im Namen einer anarchisch-postmodernen Spontaneität, die nicht länger den Verlust von gesellschaftlichen Normen, verallgemeinerungsfähiger Moral oder gar einer weltbildlichen Orientierung beklagt, sondern daraus den Vorzug regelloser Subjektivität gewinnt, in der Bruch und Differenz wichtiger als Identität

erscheinen. Doch was immer daran über bloße Symptomatik hinausgeht, ein Moment melancholischen Ästhetisierens bleibt kaum zu übersehen und erinnert an das Stadium des „unglücklichen Bewußtseins“ bei Hegel.

Die altsozialistische Idee der „Solidarität“ klingt demgegenüber ein wenig hausbacken. Es scheint aber, daß sie einen Funktionswandel zu einer neuen Ethik erlebt. Wie oft, wenn gesellschaftlich-geschichtsphilosophische Zukunftsperspektiven kraftlos geworden sind, entsteht das Bedürfnis nach gleichsam synchronisch-gegenwärtiger Orientierung. Wie eine solche Ethik und Moral aussehen, begründet und wirksam werden soll, wie das in die alltäglichen Selbstverständlichkeiten längst eingelassene moralische Potential fruchtbar werden kann, bildet den Gegenstand einer weit gestreuten Debatte. Stärker als in früheren Moralsystemen, die das individuelle Handeln pointierten, werden Konzepte nötig, die den Spielraum von Subjektivität gegen systemrationale Zugriffe sichern und diesen, wenn sie denn schon nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind, zumindest Grenzen zu ziehen. Dafür bieten sich in erster Linie rechtliche Regelungen an, die darin den sozialstaatlichen Kompromiß gleichsam fortzuschreiben. Aber, wie dieser Kompromiß Resultat einer konfliktreichen Vorgeschichte ist, so werden auch jene Regelungen nicht ohne öffentliche Mobilisierung der subjektiven Belange zustande kommen. Hier gewinnt nun „Solidarität“ eine neue, doppelte Funktion: einerseits, indem sich die Sphäre noch so heterogener Subjektivität als Lebensbereich gemeinschaftlicher Gegenseitigkeit ausbildet, andererseits, indem sie die in diesen Lebensformen implizierte Moral nicht auf diese beschränkt, sondern sie möglichst weitreichend und vermittels verschiedenster öffentlicher Diskurse zur Grundlage institutionalierter Regelungen zu machen sucht.

XI.

Wenn sich somit neue Aufgaben für den alten Sozialismus stellen, so heißt das andererseits ja auch, daß mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus noch keines der Probleme westlicher Gesellschaften schon einer Lösung näher gekommen wäre. Vor allem die fortwährende Indifferenz spätkapitalistischer Systeme gegenüber den von ihnen erzeugten Nebenfolgen führt stets noch zur Abwälzung dieser Lasten auf Schwächere oder auf private Lebensformen. Die mit solchen Nebenfolgen auch verursachten künftigen Konflikte lassen sich noch kaum abschätzen. Sie können mindestens zwei ganz unterschiedliche Trends indizieren: Entweder stellen sie ein unbeherrschtes Krisenpotential dar, das sich vom Rand bis zum Kern durchfrißt und damit die sozialistische These vom unvermeidlichen Widerspruch im Kapital selbst doch schließlich bestätigen würden; oder aber: Diese Konfliktlagen sind späte Kinderkrankheiten eines immer weiter perfektiblen Kapitalismus, der das Stadium seiner genuinen Vollendung, in der jene Probleme beherrschbar werden, noch gar nicht erreicht hat.